

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

Entschießung zu der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten zum Thema Verteidigung und Resilienz

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

sich zeitnah und nachhaltig für eine verbindliche und regelmäßige Implementierung des Unterrichtsbesuchs von Jugendoffizieren der Bundeswehr an allen Schulformen in Baden-Württemberg ab der Klassenstufe 8 einzusetzen, um unseren Kindern sicherheitspolitische Bildung praxisnah und altersgerecht zu vermitteln.

22.7.2025

Dr. Rülke
und Fraktion

Begründung

Nicht erst seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, dem Überraschungsangriff der Hamas auf Israel oder den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel, den USA und dem Iran muss allen bewusst sein, dass das internationale Sicherheitsgefüge tiefgreifend erschüttert ist, Frieden und Stabilität nicht länger als selbstverständlich gelten können und eine fundierte sicherheitspolitische Bildung unverzichtbar geworden ist.

Aus diesem Grund setzen sich die Antragsteller für eine verbindliche und regelmäßige sicherheitspolitische Bildung unserer Kinder ein, um ihnen ein vertieftes Verständnis für globale Konfliktlagen, internationale Zusammenarbeit und die Rolle Deutschlands in der Welt zu vermitteln.

Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr bieten dafür ein erprobtes und qualifiziertes Bildungsangebot, das nicht belehrend, sondern dialogorientiert gestaltet ist. Ihre Einbindung in den schulischen Unterricht ab Klassenstufe 8 – über alle Schulformen hinweg – soll Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, sicherheitspolitische Entwicklungen einzuordnen, politische Entscheidungen kritisch zu hinterfragen und sich aktiv in die demokratische Debatte einzubringen.

In einer Zeit zunehmender geopolitischer Spannungen, hybrider Bedrohungen und globaler Machtverschiebungen ist es essenziell, dass junge Menschen nicht nur staatsbürgerlich gebildet, sondern auch sicherheitspolitisch aufgeklärt sind. Nur so kann eine demokratische Gesellschaft resilient gegenüber Propaganda, Desinformation und autoritären Narrativen bleiben.

Eingegangen: 22.7.2025 / Ausgegeben: 22.7.2025